



HESSISCHER LANDTAG

15. 02. 2022

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Wolfspopulation wächst weiter: Hessen muss Vorkehrungen für aktives Bestandsmanagement schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Hinweise auf eine rasant wachsende Wolfspopulation in Hessen verdichten sich. Während sich einige über die Rückkehr des Wolfes freuen, wachsen in direkt betroffenen Regionen Hessens auch die Sorgen, die mit der Ansiedlung des großen Beutegreifers einhergehen. Diese Sorgen beziehen sich in erster Linie auf die Nutztierbestände der Tierhalter. Auch wenn Begegnungen des Menschen mit dem Wolf selten sind, werden zunehmend Wolfssichtungen in Hessen dokumentiert. Begegnungen des Menschen mit dem Wolf können, auch wenn sie selten sind und bisher glimpflich ausgingen, mit Gefahren für den Menschen verbunden sein.
2. Der Landtag begrüßt, dass die regierungstragenden Fraktionen der Ampel-Regierung im Bund diese Probleme erkennen und deswegen im Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ dokumentiert haben, den Ländern ein regional differenziertes, europarechtskonformes Bestandsmanagement zu ermöglichen.
3. Der Landtag bekräftigt, dass mit dem Begriff „Bestandsmanagement“ weder unkontrollierte Abschüsse noch eine Ausrottung der Spezies gemeint sind. Stattdessen geht es darum, eine Populationsgröße zu finden, die Weidetierhaltung mit entsprechenden Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel Zäunen, ermöglicht. Aufgrund der günstigen Bedingungen, die der Wolf in Hessen vorfindet, ist nicht davon auszugehen, dass die Zunahme der in Hessen sesshaften Wolfsindividuen ohne ein Bestandsmanagement gebremst werden kann. Im Sinne der Weidetierhaltung kann aber ein Wachstum der Zahl der Wolfsindividuen in Hessen nicht grenzenlos hingenommen werden. Bei einer zu großen Population führt der Nahrungsdruck der Wölfe trotz Schutzmaßnahmen dazu, dass die Konflikte mit Mensch und Weidetierhaltung inakzeptabel groß werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Entnahme von sogenannten Problemwölfen von der Frage des Bestandsmanagements getrennt zu betrachten ist.
5. Der Landtag stellt fest, dass – unabhängig von der konkreten, rechtlichen Ausgestaltung durch den Bund – ein Bestandsmanagement jederzeit eine realistische und evidente Vorstellung über die Anzahl der in Hessen sesshaften Wölfe erfordert.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang auf, eine hessische Populationsstudie in Auftrag zu geben. Neben der Abbildung von Wachstum und Größe der hessischen Wolfspopulation soll die Studie zum Ziel haben, den günstigen Erhaltungszustand des Wolfs in Hessen zu ermitteln. Diese Kenntnisse sind Grundvoraussetzung für ein regional differenziertes Bestandsmanagement. Die Landesregierung muss diese Voraussetzung für ein zukünftiges Bestandsmanagement umgehend schaffen, statt erst dann zu reagieren, wenn die Probleme für die Weidetierhalter schon zu groß geworden sind.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das hessische Wolfsmonitoring weiter zu professionalisieren. Die Beprobungen bei Rissverdachtsfällen müssen innerhalb eines angemessenen Zeitraums nach dem Riss erfolgen und so durchgeführt werden, dass sie möglichst viele Wolfsrisse als solche identifizieren.

8. Der Landtag verfolgt mittelfristig das Ziel, im Rahmen der Möglichkeiten, die der Bund eröffnen wird, ein aktives Bestandsmanagement nach Vorbild der skandinavischen Schutzjagd einzuführen. Diese Methode sieht eine wildökologische Raumplanung vor, nach der Wolfsschutzgebiete, Wolfsmanagementgebiete und Wolfsausschlussgebiete festgelegt werden. Während in Wolfsausschlussgebieten, die beispielsweise in direkter Nähe zur Zivilisation, landwirtschaftlichen Betrieben, zur Weidetierhaltung oder auch in Gebieten mit Dam- oder Muffelwildvorkommen liegen können, keine sesshaften Wölfe geduldet werden, werden sie in Wolfsschutzgebieten (z.B. Nationalparke, große zusammenhängende Waldgebiete) verschont. In den sogenannten Wolfsmanagementgebieten werden Wölfe akzeptiert und maximal im Rahmen der festgelegten Obergrenze entnommen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. Februar 2022

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock